

ADENAUER-HEUSS-BRIEFE

Geheimhalten

Aus der Registratur des Bonner Bundeskanzleramtes ließ sich Kurt Georg Kiesingers Parlamentarischer Staatssekretär vorletzten Woche ein angestaubtes Faszikel bringen.

CSU-MdB von und zu Guttenberg las, was keiner seiner Kollegen im Deutschen Bundestag bisher zu Gesicht bekommen hat: den politischen Schriftwechsel zwischen dem ersten Präsidenten und dem ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, zwischen Theodor Heuss und Konrad Adenauer.

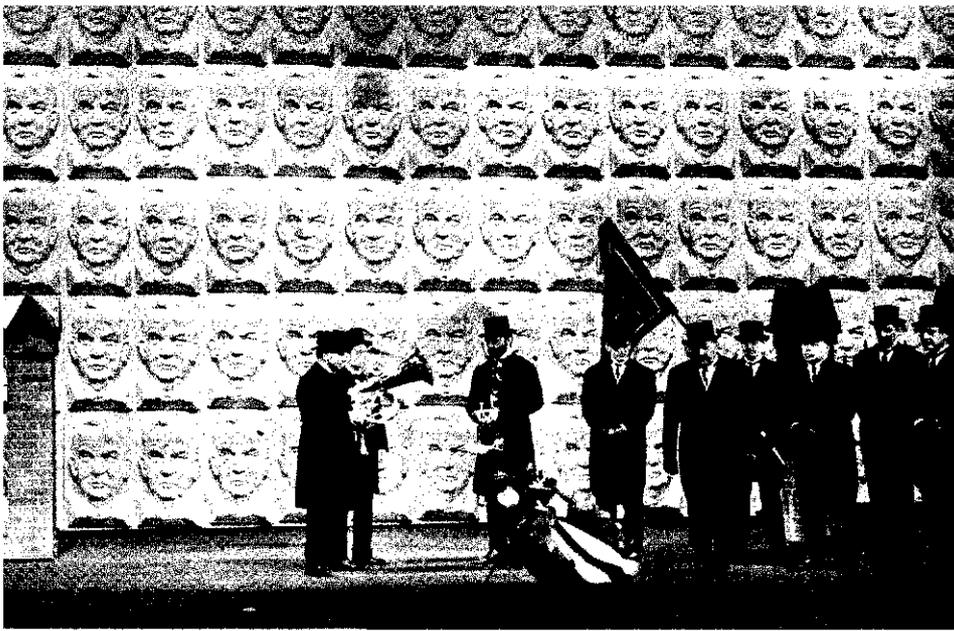
Dann eilte der Freiherr zum Kanzler. Ohne Zögern befanden die beiden, daß auch nach dem Tode Konrad Adenauers (Theodor Heuss ist schon 1963 gestorben) der Briefwechsel zu brisant für eine Veröffentlichung sei.

Im Jahre 1959 nämlich waren Präsident Heuss und Kanzler Adenauer brieflich in heftigen Streit geraten, nachdem Adenauer überraschend sein Interesse an einer Kandidatur für die Heuss-Nachfolge angezeigt und seinen Plan ebenso abrupt wieder fallengelassen hatte**.

In einem langen Brief analysierte der Präsident die Anforderungen seines Amtes und rügte Adenauer für den Versuch, das höchste Staatsamt zum Objekt eines parteitaktischen Spiels zu machen.

Einig waren sich die Briefpartner hingegen in der Beurteilung des Ersatz-Bewerbers um die Heuss-Nachfolge, des damaligen Bundesernährungsministers Heinrich Lübke: Der Kandidat sei von so schlichter Art, daß er als Präsident weder die Macht des Kanzlers schmälern noch den

** Adenauer hatte eingesehen, daß er als Bundespräsident doch nicht so viel Einfluß auf seinen Nachfolger im Kanzleramt — Ludwig Erhard — würde nehmen können, wie er ursprünglich gedacht hatte.



Lübke-Dekoration*: Bei der Aufführung verhängt

LÜBKE-BILDER

Radikal sein

Deutsche Gewerkschaftler haben verhindert, daß Deutschlands Staatsoberhaupt als Inkarnation des Spießbürgers auf der Festspielbühne erschienen ist.

Aus Plastik geformte Porträts Heinrich Lübkes sollten im Recklinghäuser Ruhrfestspiel-Haus als Kulisse für Carl Sternheims Spieß-Komödie „Bürger Schippel“ dienen. Die Berliner Freie Volksbühne, von der Festspielleitung als Gast-Ensemble eingeladen, hatte 100 Lübke-Gesichts-Plastiken (Format 140×90 Zentimeter) zu einem 136 Quadratmeter messenden Bühnenbild für das Sternheim-Stück montieren lassen.

Denn „Schippel“-Regisseur Hansjörg Utzerath, 41, Intendant der Freien Volksbühne, mochte den Sternheim nicht als „bloße Komödie“ spielen, sondern als „einen in die Gegenwart projizierten, radikalen, gesellschaftskritischen Wurf“. Und dabei wollte er auf Heinrich Lübke nicht verzichten. Er ließ seinen Bühnenbildner Hans Lennweit das Präsidentenanzicht zum Szenenbild für das um die Jahrhundertwende spielende Stück verarbeiten, weil Lübke die „protokollarisch höchste Instanz“ des heutigen Staates sei — wie weiland Kaiser Wilhelm II.

Als die Ruhrfestspiel-GmbH, zu der sich der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Stadt Recklinghausen zusammengehangen haben, von der Lübke-Kulisse erfuhr, erhob sie bei der Freien Volksbühne aufgeregt Protest. DGB-Kulturreferent und Festspiel-Geschäftsführer Hagin, 52: „Wir sind eine rein demokratische Kulturstätte. Diese Kulisse ist ein Politikum.“

Der Volksbühnen-Regisseur gab zurück, er wolle sich kein anderes Bühnenbild ausdenken. Utzerath: „Ich kann nicht akzeptieren, daß unser Bühnenbild ein Politikum sei. Für mich

ist das eine künstlerische Entscheidung. Ich habe keine gleichwertige künstlerische Idee ohne Lübke.“

Utzerath beklagte, daß er vertraglich zu dem Gastspiel verpflichtet sei, denn am liebsten hätte er sein Ensemble zurückgezogen. Festspiel-Geschäftsführer Holtmann aber, hauptberuflich Kulturdezernent der sozialdemokratisch regierten Stadt Recklinghausen, demonstrierte Staatsräson: „Wir bringen nichts auf die Bühne der Ruhrfestspiele, was geeignet ist, das Ansehen und die Würde unseres demokratischen Staats in Frage zu stellen. Lübke als Inkarnation des Spießbürgers — das würde der Aufsichtsrat niemals hinnehmen.“

Um die Premiere am Freitag letzter Woche zu retten, entschloß sich Utzerath schließlich, seine 100 Lübke-Bilder vor dem Recklinghäuser Publikum zu verbergen: Er ließ ein helles Tuch über die Reliefs spannen — wenn auch so fest, daß aufmerksame Betrachter Lübkes Kopfform wenigstens noch erahnen konnten.



Briefschreiber Heuss, Adenauer: In den Memoiren verschwiegen

* Während einer Probe in Recklinghausen.

Glanz des ersten Präsidenten verdunkeln könne.

Über zehn Jahre lang, von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Ende der zweiten Amtsperiode von Theodor Heuss im Jahre 1959, hatten Präsident und Kanzler ihre Meinung über politische Probleme bei besonderen Anlässen schriftlich ausgetauscht.

Als Heuss aus der Villa Hammer-schmidt auszog und Heinrich Lübke Platz machte, nahm er nur seine private Korrespondenz mit in sein Haus nach Stuttgart. Die dienstlichen Briefwechsel wanderten in die Registratur des Bundespräsidialamtes. Theodor Heuss forderte sie nie mehr an, zumal auch seine Memoiren über das Jahr 1933 nicht hinausgekommen sind.

Einige der mit Adenauer gewechselten Briefe trugen ursprünglich einen Geheimstempel, doch wurde diese Klassifizierung im Laufe der Jahre aufgegeben. Andere Schreiben, die ihren aktuellen Bezug verloren hatten, wanderten ins Zwischenarchiv in Bad Godesberg, eine Art Relaisstation zwischen Bonner Ämtern und Koblenzer Bundesarchiv.

Übrig blieben etwa 25 Briefe, die nun sowohl im Präsidialamt wie im Kanzleramt aufbewahrt werden.

Guttenberg — erst vor wenigen Wochen als Parlamentarischer Staatssekretär in Kiesingers Amt eingezogen — verdankt die pikante Lektüre der Wißbegier eines oppositionellen Kollegen: des Berliner FDP-Abgeordneten William Borm, der offiziell wissen wollte, wann die Korrespondenz von der Bundesregierung zur Veröffentlichung freigegeben werde.

Mochten die — von dem Berliner Politologen und Parteifreund Professor Hans Reif neugierig gemachten — Freidemokraten bei der Bundestags-Fragestunde am Mittwoch vorletzter Woche in erster Linie an die Adenauer-Lübke-Passagen der Heuss-Briefe gedacht haben, so ließ Guttenberg doch keinen Zweifel daran, daß die Korrespondenz auch Unfreundlichkeiten über FDP-Politiker enthält.

Der Kanzler-Baron vor dem Bundestag: „In dem Meinungs-austausch, der zwischen dem Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Herrn Bundespräsidenten Heuss seinerzeit stattgefunden hat, sind eine Reihe von Personen berührt, und zwar auch Personen der beiden Parteien der beiden beteiligten Staatsmänner.“

Tatsächlich hat sich Heuss in seinen Briefen an den Bundeskanzler weit mehr mit Politikern seiner eigenen Couleur beschäftigt denn mit Adenauers Christdemokraten.

Als 1953 der freidemokratische Verfassungsgerichts-Präsident Höpker-Aschoff bei Heuss intervenierte, um die geplante Berufung des mit dem Verfassungsgericht verfeindeten Justizministers Thomas Dehler in das zweite Adenauer-Kabinett zu verhindern, da leitete Heuss die Beschwerde mit zustimmenden Bemerkungen an den Kanzler weiter.

Dehler wurde denn auch nicht be-rufen. Noch Jahre später wettete der kaltgestellte Freidemokrat gegen Heuss: „Ein schlechter politischer Feuilletonist.“

Heuss hielt sich auch nicht an die Parteilinie, als 1956 eine Gruppe von Freidemokraten unter Führung des sogenannten Vizekanzlers Blücher und des Wohnungsbauministers Preusker von der FDP absprang und eine Konkurrenz-Partei, die FVP (Freie Volkspartei), ins Leben rief.

Zwar beschwerte sich der Präsident bei Adenauer über dessen Anstrengungen, die FDP zu spalten, ließ aber durchblicken, daß seine Sympathien eher den Meuterern als der eingese-senen Parteiführung gehörten.

Wann diese Äußerungen der Nachwelt offiziell zur Kenntnis gebracht

BUNDESWEHR

Rot werden

Als ein Rekrut der Ausbildungskompanie im hessischen Wetzlar seinen elektrischen Rasierapparat aus dem Spind holte, piff ihn der Spieß zurück und empfahl nachdrücklich den Gebrauch von Wasser, Seife und Klinge: „In den Kasernen muß Strom gespart werden.“

Doch die Bonner Bundeswehr muß nicht nur Strom sparen.

Mit 19,6 Milliarden Mark ist der Wehretat des Jahres 1967 ausgestattet. Im nächsten Jahr sollten es nach der Vorstellung von Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder sogar 20,3 Milliarden Mark sein. Nach der in der vergangenen Woche beschlossenen



„Der Verteidigungsetat ist wesentlich gekürzt worden“

werden sollen, darüber ließ Theodor Heuss seine Umgebung im unklaren.

Fragesteller William Borm hegt keinen Zweifel daran, daß der Präsident die Publizierung wünschte: „Ich habe einen hohen Beamten als Zeugen dafür, daß Heuss kurz vor seinem Tode erklärte, die Korrespondenz mit Adenauer solle dann veröffentlicht werden, wenn keiner der beiden Beteiligten mehr am Leben ist.“

Frau Toni Stolper, in den letzten Lebensjahren des ehemaligen Bundespräsidenten mit Heuss eng vertraut, kann sich dagegen nicht erinnern, „daß Theodor gesagt haben soll, nach Adenauers Tod seien die mit ihm gewechselten Briefe zu veröffentlichen“.

Kanzler-Staatssekretär Guttenberg läßt die Frage offen: „Es wird sicherlich Teile geben, die man früher, und Teile, die man später wird veröffentlichen können oder müssen.“

mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung bleiben in den nächsten vier Jahren aber durchschnittlich nur noch 19 Milliarden jährlich für den Etat der Streitkräfte übrig.

Dieser Angriff der Finanzplaner auf die Kriegskasse trifft die Truppe freilich nicht unvorbereitet. Die Bundeswehr spart schon seit Beginn dieses Jahres. Sie tut es auf ihre Weise.

Manche Stäbe schicken ihre Dienstpost jetzt mit Kraftfahrzeug-Kurier über Land, weil sie Porto sparen müssen.

Aber auch Benzin ist knapp. Heeres-Inspekteur Generalleutnant Josef Moll hat befohlen, die Truppe dürfe in diesem Jahr nur 80 Prozent der Betriebsstoffmenge des Vorjahres verfahren. Seither legen sich viele Truppenkommandeure für Sonderaufgaben schwarze Vorräte an; darunter leidet die Ausbildung in den Kompanien.

Eine Panzergrenadier-Brigade im niedersächsischen Schwanewede, die